

Medienkonferenz vom 20. April 2011

Grüne und Grünliberale vereint für das Energiegesetz

Christine Häsler, Grossrätin und Fraktionspräsidentin Grüne Kanton Bern
Es gilt das gesprochene Wort.

Das bernische Energiegesetz ebnet den Weg für die Energiepolitik der Zukunft

Die Ereignisse in Japan am 11. März 2011 haben vieles verändert. Die Menschen wollen eine Energiepolitik mit Zukunft und die allermeisten wünschen sich den Ausstieg aus der Atomenergie. Bürgerliche Parteien wenden sich um die eigene Achse auf der Suche nach dem richtigen Weg.

Am 15. Mai haben wir die Möglichkeit, im Kanton Bern die Weichen der Energiepolitik zu stellen: Wir stimmen über das Kantonale Energiegesetz ab. Uns liegt eine Vorlage vor, die den Kanton Bern energiepolitisch einen ordentlichen Schritt weiterbringt – oder etwas präziser: von den 1980er Jahren ins frühe 21. Jahrhundert. Das ist auch dringend nötig, denn im geltenden Energiegesetz kommt das Wort Effizienz noch kein einziges Mal vor.

Das revidierte Energiegesetz hält Augenmass, es ist weit davon entfernt, bahnbrechend zu sein, aber es ist unabdingbar, um den Atomausstieg zu schaffen. Mit einem JA sagen wir JA zur Energiewende und JA zu einer sicheren Energiezukunft. Unsere Energiezukunft erfordert Energieeffizienz, Energiesparen ohne Komforteinbussen und eine konsequente Förderung der erneuerbaren Energien.

Gebäudesanierungen wirken positiv auf Klima und Portemonnaie

Die Gesetzesvorlage bietet all diese Möglichkeiten. Der Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) und die Sanierungspflicht sorgen für rasche und wirksame Effizienz, für GebäudebesitzerInnen sind dies massvolle und umsetzbare Massnahmen. Eine Sanierung mit einer Verbesserung um eine Energieklasse bringt eine Energieeinsparung, die sich auf den eigenen Geldbeutel innert weniger Jahre positiv auswirkt. Und die Sanierung eines bisher nicht renovierten Gebäudes einer höheren Klasse bringt bei Heizung, Warmwasser und Beleuchtung gar eine Energieersparnis von bis zu 50%. Die Kumulation dieser Massnahmen, also die kontinuierliche Sanierung von vielen Gebäuden im Kanton Bern in den kommenden Jahren und Jahrzehnten, garantiert innert kurzer Zeit eine massive Reduktion des Energiebedarfs und des CO²-Ausstosses.

Die Förderabgabe ist ein weiteres wichtiges Element: Sie beträgt für den durchschnittlichen Haushalt 2 bis 5 Franken pro Monat. Die Behauptung, es handle sich hier um eine neue und unnötige „Steuer“, ist blanker Unsinn. Die Förderabgabe belastet einen Haushalt monatlich nicht mehr als ein einziger Kaffee in einem Restaurant, ermöglicht aber die Sanierung von 3000 Gebäuden jährlich.

Gebäudesanierungen werden bei einer Annahme des Energiegesetzes in den kommenden Jahrzehnten im Baugewerbe und Baunebengewerbe eine gewaltige Anzahl an Aufträgen auslösen und damit auch Arbeitsplätze in allen Regionen des Kantons Bern schaffen. Die Vorlage des Grossen Rates ist damit auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll.

Wer aus dem Atomzeitalter aussteigen und trotzdem nicht auf Wohnkomfort und Lebensqualität verzichten möchte, kann diesen Weg in den nächsten Tagen und Wochen aktiv wählen. Mit einem JA zum zukunftsfähigen Energiegesetz, einem NEIN zum

schwachen Volksvorschlag und einem Kreuz bei der Vorlage des Grossen Rates bei der Stichfrage.

Initiative „Bern erneuerbar“ erhält zunehmend Unterstützung

Die oben genannten Forderungen sind uns Grünen nicht erst seit der Debatte um das neue Energiegesetz wichtig – wir müssen unsere Position nicht neu definieren und anpassen. Der Atomausstieg und die Förderung von erneuerbaren Energien gehören seit jeher zum Kerngeschäft der Grünen. Das Engagement der Grünen Kanton Bern in diese Richtung ist seit Jahren hoch. Die Initiative „Bern erneuerbar“ zeigt konkret auf, wie die Energiewende im Kanton Bern geschafft wird. „Bern erneuerbar“ wird gegenwärtig in einer grossrätlichen Kommission beraten und es zeigt sich klar, dass die Unterstützung zunehmend breiter wird. Das ist verständlich, denn wer Politik für die Zukunft macht, kann „Bern erneuerbar“ nicht ablehnen. Jetzt, nach Fukushima, erst recht nicht mehr.

Die Grünen Kanton Bern engagieren sich in Energiefragen beharrlich, laufend finden in allen Regionen des Kantons öffentliche Veranstaltungen zum Energiegesetz, zu „Bern erneuerbar“ und zum Atomausstieg statt. Auf Bestreben der Grünen hin findet zudem im Grossen Rat eine Sondersession zur Energiepolitik statt. Aus der Grünen Fraktion wurden Vorstösse eingereicht, welche fordern, das AKW Mühleberg im Jahr 2012 abzustellen und erneuerbare Energien stärker zu fördern. Zudem wurden zahlreiche brennende Fragen zur Sicherheit rund um das AKW Mühleberg gestellt. Am 9. April 2011 haben die Grünen Schweiz die Initiative zum Atomausstieg beschlossen.

Die Arbeit geht uns nicht aus, denn die Bevölkerung und alle künftigen Generationen verdienen diese Arbeit und unser Engagement.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!